

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Birgitt Bender, Dr. Harald Terpe, Elisabeth Scharfenberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/9231 –**

Tätigkeitsumfänge in der vertragsärztlichen Versorgung

Vorbemerkung der Fragesteller

Mit dem Vertragsarztrechtsänderungsgesetz (VÄndG) wurde 2006 § 95 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) geändert und die Möglichkeit eingeführt, auch hälftige Zulassungen zu erteilen (Absatz 3) bzw. bei bestehenden Zulassungen das hälftige Ruhen (Absatz 5) bzw. den hälftigen Entzug (Absatz 6) einer hauptberuflichen Tätigkeit vorzunehmen.

Von der hälftigen Zulassung (sogenannte Teilzulassung) wird nach Recherchen des gesundheitspolitischen Informationsdienstes OPG – Operation Gesundheitswesen (Ausgabe 02/2012) kaum Gebrauch gemacht. Bei den von einigen kassenärztlichen Vereinigungen der OPG zur Verfügung gestellten Daten fällt auf, dass Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten deutlich mehr als die Hälfte der Fälle ausmachen.

Bei der Vorstellung des Bedarfsplanungskonzeptes der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) im Januar 2012 hat deren Vorstandsvorsitzender Dr. Andreas Köhler Kritik an sogenannten Hobbyarztpraxen, die nur wenige Scheine abrechnen und weniger als 20 Stunden für die Versorgung der gesetzlich Krankenversicherten zur Verfügung stehen, geäußert (u. a. ARZTEZEITUNG, 16. Januar 2012). 6,4 Prozent der hausärztlichen, 12,2 Prozent der radiologischen und 20,8 Prozent der anästhesistischen Praxen erreichen laut Angaben der KBV weniger als ein Viertel der durchschnittlichen Fallzahlen der jeweiligen ärztlichen Fachgruppe. Im Gegensatz zur KBV verneinen die kassenärztlichen Vereinigungen jedoch das Bestehen von sog. Hobbyarztpraxen (OPG 02/2012).

Vorbemerkung der Bundesregierung

Mit dem am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Vertragsarztrechtsänderungsgesetz (VÄndG) wurden für Vertragsärztinnen und Vertragsärzte flexiblere Arbeitsmöglichkeiten geschaffen. Mit den Neuregelungen wurde insbesondere dem Wunsch vieler Ärztinnen und Ärzte nach mehr Flexibilität und Entscheidungsfreiheit entsprochen.

Gleichzeitig wurde mit den Regelungen das Ziel verfolgt, einer ärztlichen Unterversorgung entgegenzuwirken. Auch wurde mit den Änderungen im Vertragsarztrecht ein Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie geleistet.

Eine der neu geschaffenen Gestaltungsmöglichkeiten für Ärztinnen und Ärzte ist die sogenannte Teilzulassung, die es ermöglicht, den Versorgungsauftrag auf die Hälfte einer hauptberuflichen Tätigkeit zu beschränken. Unabhängig davon, ob eine Vertragsärztin oder ein Vertragsarzt über eine Voll- oder Teilzulassung verfügt, gilt, dass sie mit der Zulassung nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet sind, entsprechend dem sich aus der Zulassung ergebenden Versorgungsauftrag an der vertragsärztlichen Versorgung teilzunehmen. Es ist Aufgabe der jeweiligen Kassenärztlichen Vereinigung, die Einhaltung dieser gesetzlichen Vorgabe zu überprüfen und bei etwaigen Verstößen gegenüber der betreffenden Vertragsärztin bzw. dem betreffenden Vertragsarzt tätig zu werden.

1. a) In wie vielen Fällen wurden (bitte nach kassenärztlichen Vereinigungen und Geschlecht aufschlüsseln) Teilzulassungen erteilt?
- b) Welcher Anteil entfällt (bitte nach kassenärztlichen Vereinigungen aufschlüsseln) davon auf psychologische Psychotherapeutinnen/-therapeuten sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen/-therapeuten?
- c) Gibt es weitere Arztgruppen, die überproportional Teilzulassungen wahrnehmen?
Falls ja, welche und gegebenenfalls in welchen kassenärztlichen Vereinigungen?
- d) Was ist nach Ansicht der Bundesregierung die Ursache für eventuelle Unterschiede zwischen den Arztgruppen?

Nach den von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) übermittelten Daten, die auf Daten des Bundesarztregisters zum Stichtag 31. Dezember 2010 beruhen, verfügten zu diesem Stichtag 2 800 Ärztinnen und Ärzte und psychologische Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten über eine Teilzulassung. 1 589 dieser Teilzulassungen wurden Frauen erteilt, 1 211 Männern. Die Verteilung auf die einzelnen Kassenärztlichen Vereinigungen ergibt sich aus anliegender Tabelle 1. Tabelle 2 führt die Anzahl der Ärzte und psychologischen Psychotherapeuten mit Teilzulassung differenziert nach Arztgruppen auf. Tabelle 3 differenziert noch einmal innerhalb der Arztgruppe der Psychotherapeuten. Der Anteil der Teilzulassungen in den jeweiligen Arztgruppen weist dabei keine außergewöhnlichen Unterschiede auf. Lediglich die Arztgruppe der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten weist mit fast 6 Prozent einen vergleichsweise höheren Anteil von Teilzulassungen auf. Untersuchungen, warum die Arztgruppe der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten im Vergleich zu anderen Arztgruppen vermehrt von der Möglichkeit einer Teilzulassung Gebrauch machen, liegen der Bundesregierung nicht vor.

2. a) In wie vielen Fällen (bitte zum einen nach kassenärztlichen Vereinigungen und zum zweiten nach Arztgruppen, d. h. Haus-, Kinder-, Augen-, Frauen-, HNO-Ärzte/-Ärztinnen, Orthopäden/Orthopädinnen, Nervenärzte/Nervenärztinnen/Psychiater/Psychiaterinnen, Radiologen/Radiologinnen, Psychotherapeuten/Psychotherapeutinnen aufschlüsseln) wurde in Zulassungsausschüssen seit dem Inkrafttreten des im VÄndG veränderten § 95 SGB V der Antrag gestellt, Zulassungen hälftig ruhen zu lassen oder zu entziehen, und in wie vielen Fällen sind die Zulassungsausschüsse jeweils diesen Anträgen gefolgt?
- b) Welche Gründe nach § 95 Absatz 5 SGB V waren für die Beschlüsse ausschlaggebend?
- c) Welche Organisation nach § 27 der Zulassungsverordnung der Vertragsärzte (Ärzte-ZV) hat jeweils den Entzug der Zulassung beantragt?

Hierzu liegen dem Bundesministerium für Gesundheit keine Daten vor. Auch die KBV teilt mit, dass sie nicht über entsprechende Daten verfügt.

3. Wie groß ist bundesweit der Anteil an Vertragsärztinnen und Vertragsärzten mit voller Zulassung (bitte zum einen nach kassenärztlichen Vereinigungen und zum zweiten nach Arztgruppen aufschlüsseln), die
 - a) weniger als ein Viertel der durchschnittlichen Fallzahlen,
 - b) zwischen einem Viertel und der Hälfte der durchschnittlichen Fallzahlen,
 - c) zwischen der Hälfte und drei Vierteln der durchschnittlichen Fallzahlen,
 - d) zwischen drei Vierteln und den durchschnittlichen Fallzahlen,
 - e) mehr als die durchschnittlichen Fallzahlenabrechnen?
Gibt es hierbei geschlechtsspezifische oder regionale Unterschiede?
Wenn ja, welche?

Die KBV hat hierzu auf der Grundlage der Abrechnungsdaten aus dem Gesamtjahr 2009 die Tabellen 4 bis 9 übersandt und dabei darauf hingewiesen, dass nur Vertragsärztinnen und Vertragsärzte und angestellte Ärztinnen und Ärzte gezählt worden seien, die in der Bedarfsplanung zählen. Entsprechend seien Grundlage für die Einteilung der Arztgruppen die Bedarfsplanungsgruppen.

Die KBV sieht im Übrigen bei einer Analyse auf Basis der durchschnittlichen Fallzahlen einer Arztgruppe das Problem, dass sich die Fachgruppen ggf. gruppenintern in ihrer Tätigkeit relativ stark unterscheiden (z. B. sei bei den Augenärztinnen und -ärzten zwischen den operativ und konservativ tätigen Ärztinnen und Ärzten zu unterscheiden, die zwar beide vollumfänglich an der Versorgung von Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung – GKV – teilnehmen, aber aufgrund ihrer unterschiedlichen Tätigkeit sehr unterschiedliche Fallzahlen generieren würden: operativ eher niedrig, konservativ eher hoch). Bei der Analyse innerhalb einer zusammengefassten Gruppe und bei der Bildung von Fall-Mittelwerten innerhalb dieser Gruppe würde dieser Unterschied nicht berücksichtigt. Generell sei die Fallzahl als Approximation des Versorgungsumfangs von Vertragsärztinnen und -ärzten eher wenig geeignet. Angesichts des hohen Pauschalierungsgrads vieler Leistungen (vor allem Quartalspauschalen) und der technischen Generierung von Fällen z. B. im Rahmen von Überweisungen etc. solle berücksichtigt werden, dass arztbezogene Fallzahlen nur eingeschränkt für die Bewertung des Versorgungsumfangs verwendet werden können.

4. Wie groß ist aufgeschlüsselt nach kassenärztlichen Vereinigungen der Anteil an psychologischen Psychotherapeutinnen/-therapeuten sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen/-therapeuten mit voller Zulassung, die
- weniger als acht Therapiestunden,
 - mehr als acht und weniger als 16 Therapiestunden,
 - mehr als 16 und weniger als 24 Therapiestunden,
 - 24 und mehr Therapiestunden
- abrechnen?
- Gibt es hierbei geschlechtsspezifische oder regionale Unterschiede?
- Wenn ja, welche?

Hierzu wird auf die von der KBV übersandte und als Anlage 10 beigelegte Tabelle verwiesen. Die KBV hat auf der Grundlage der Abrechnungsdaten aus dem vierten Quartal 2010 die Bedarfsplanungsgruppe der Psychotherapeutinnen und -therapeuten analysiert, die Fachärzte für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, die psychotherapeutisch tätigen Ärzte, die psychologischen Psychotherapeuten sowie die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten umfasst. Dabei wurden nur Vertragsärztinnen und -ärzte und Psychotherapeutinnen und -therapeuten sowie angestellte Ärztinnen und Ärzte und Psychotherapeutinnen und -therapeuten berücksichtigt, die auch im Rahmen der Bedarfsplanung berücksichtigt werden.

Zu den tatsächlich geleisteten Therapiestunden liegen der KBV keine Informationen vor. Als Approximation der geleisteten Therapiestunden wurden die Angaben für den zur Leistungserbringung erforderlichen Zeitaufwand gemäß Anhang 3 zum Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM), welcher Grundlage für die zeitbezogene Plausibilitätsprüfung nach § 106a Absatz 2 SGB V ist, herangezogen. Diese Zeiten würden hierfür bei der Bedarfsplanungsgruppe der Psychotherapeuten einen guten Näherungswert liefern, da der überwiegende Teil der psychotherapeutischen Leistungen mit diesen so genannten Plausibilitätszeiten hinterlegt sei. Bei anderen Arztgruppen sei eine Analyse auf Basis der Plausibilitätszeiten demgegenüber ggf. weniger aussagekräftig, da hier Leistungen wesentlich stärker pauschaliert werden und nicht alle Leistungsspektren mit Plausibilitätszeiten hinterlegt seien. So sind infolge der Pauschalierung ärztlicher Leistungen beispielsweise Folgekontakte der Ärztin bzw. des Arztes durch die Patientin oder den Patienten häufig nicht gesondert in den Abrechnungen dokumentierbar.

5. Wie groß ist bundesweit der Anteil an Ärztinnen und Ärzten mit voller Zulassung (bitte nach Geschlecht und Arztgruppe aufschlüsseln), die weniger als 20 Sprechstunden in der Woche den Kassenpatientinnen und -patienten zur Verfügung stehen?

Die KBV teilt mit, dass ihr systematische Daten hierzu nicht vorliegen würden.

6. Wie groß ist bundesweit der Anteil an psychologischen Psychotherapeutinnen/-therapeuten sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen/-therapeuten mit voller Zulassung (bitte nach Geschlecht aufschlüsseln), die weniger als 15 Therapiestunden in der Woche den Kassenpatientinnen und -patienten zur Verfügung stehen?

Auf die Antwort zu Frage 4 sowie Tabelle 10 wird Bezug genommen.

7. Wie viele Vertragsärzte mit vollem Versorgungsauftrag haben nach § 32b Ärzte-ZV weitere Ärztinnen und Ärzte angestellt (bitte zum einen nach kassenärztlichen Vereinigungen und zum zweiten nach Arztgruppen aufschlüsseln)?

Hierzu wird auf die sich aus den anliegenden Tabellen 11 und 12 ergebenden Daten verwiesen, die von der KBV auf der Grundlage von Daten des Bundesarztregisters zum Stichtag 31. Dezember 2010 ermittelt wurden. Zur Ermittlung des Ergebnisses ist die KBV nach eigenen Angaben in mehreren Schritten vorgegangen: Im ersten Schritt wurden alle nach § 32b der Zulassungsverordnung für Vertragsärzte (Ärzte-ZV) angestellten Ärztinnen und Ärzte und Psychotherapeutinnen und -therapeuten ermittelt (Anzahl: 7 077). Nicht einbezogen wurden die nach § 32 Absatz 2 Ärzte-ZV angestellten Sicherstellungsassistentinnen und -assistenten (Anzahl: 195). Von den 7 077 nach § 32b Ärzte-ZV angestellten Ärztinnen und Ärzten und Psychotherapeutinnen und -therapeuten fehlten bei 14 Angaben zum Arbeitgeber; sie wurden daher aus der weiteren Analyse ausgeschlossen. Die 7 063 verbleibenden Ärztinnen und Ärzte und Psychotherapeutinnen und -therapeuten sind bei 5 962 Ärztinnen und Ärzten und Psychotherapeutinnen und -therapeuten angestellt. Von diesen 5 962 konnten 5 902 als aktive zugelassene Ärztinnen und Ärzte und Psychotherapeutinnen und -therapeuten im Bundesarztregister identifiziert werden. Von diesen 5 902 aktiven zugelassenen Ärztinnen und Ärzten und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten verfügen 5 854 über eine Zulassung mit vollem Versorgungsauftrag.

8. a) Wie viele Ermächtigungen nach § 31 Ärzte-ZV bestehen derzeit (bitte zum einen nach kassenärztlichen Vereinigungen und zum zweiten nach Arztgruppen aufschlüsseln)?
b) Welche Erkenntnisse bestehen zu der durch die Zulassungsausschüsse jeweils bestimmten zeitlichen und räumlichen Begrenzung der Ermächtigungen?

Hierzu wird auf die sich aus den anliegenden Tabellen 13 bis 15 ergebenden Daten verwiesen, die von der KBV ebenfalls auf der Grundlage von Daten des Bundesarztregisters zum Stichtag 31. Dezember 2010 ermittelt wurden. Danach wurden insgesamt 875 Ärztinnen und Ärzte und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten nach § 31 Ärzte-ZV ermächtigt. Nicht in die Auflistung einbezogen wurden die nach § 31a Ärzte-ZV ermächtigten Ärztinnen und Ärzte und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (Anzahl: 9 359) und die nach § 95 Absatz 11 SGB V ermächtigten Psychotherapeuten (Anzahl: 8).

Zu der seitens der Zulassungsausschüsse jeweils bestimmten zeitlichen und räumlichen Begrenzung der Ermächtigungen liegen der KBV keine systematischen Daten vor.

9. Wie viele niedergelassene Ärztinnen und Ärzte sind nach Kenntnis der Bundesregierung an mehr als einem Ort vertragsärztlich tätig (bitte zum einen nach kassenärztlichen Vereinigungen und zum zweiten nach Arztgruppen aufschlüsseln)?

Die KBV hat – auch hier auf der Grundlage der Daten des Bundesarztregisters zum Stichtag 31. Dezember 2010 – die Anzahl aller an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmenden Ärztinnen und Ärzte und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ermittelt, bei denen mehr als eine aktive Betriebsstätte bzw. Nebenbetriebsstätte gemeldet wurde. Danach sind insgesamt 16 107 Leistungserbringer an mehr als einem Ort tätig (siehe im Einzelnen die Daten in den Tabellen 16 und 17). Hierbei kann es sich um folgende Arten von Leistungsarten

handeln: Einzelpraxen, Gemeinschaftspraxen, überörtliche Gemeinschaftspraxen, Teil-Gemeinschaftspraxen, KV-übergreifende Gemeinschaftspraxen, Einrichtungen nach § 311 SGB V, Medizinische Versorgungszentren (MVZ); Zweigpraxen, Krankenhäuser (bei ermächtigten Ärzten und Psychotherapeuten sowie bei Belegärzten), anästhesistische Nebenbetriebsstätten, Mammographie-Screening-Einheiten, Behörden oder Einrichtungen sowie Kooperationsgemeinschaften nach § 23b der Berufsordnung für Ärzte (BOÄ).

10. a) Trifft es zu, dass bislang weder die KBV noch die kassenärztlichen Vereinigungen Daten zum jeweiligen Versorgungsumfang von Ärztinnen und Ärzten sowie Psychotherapeutinnen und -therapeuten ihren eigenen (Pflicht-)Mitgliedern, den Krankenkassen oder der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt haben?

Wenn ja, welche Gründe gibt es hierfür nach Kenntnis der Bundesregierung?

- b) Wie bewertet sie dies?

- c) Was will die Bundesregierung unternehmen, um auf eine größere Transparenz bei den kassenärztlichen Vereinigungen und der KBV hinzuwirken?

Nach Mitteilung der KBV liegen dieser keine systematischen Informationen zu Erhebungen der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) hinsichtlich des Versorgungsumfangs von Ärztinnen und Ärzten und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten vor. Es sei aber von einigen KVen (z. B. Westfalen-Lippe und Bremen) bekannt, dass hier Untersuchungen durchgeführt wurden, die den Versorgungsumfang der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten bewerten.

Im Rahmen der Diskussionen zur derzeit anstehenden Reform der Bedarfsplanungs-Richtlinie wird auch darüber diskutiert, den Versorgungsumfang stärker in den Fokus der Betrachtung zu rücken. So wird z. B. daran gedacht, den Zulassungsausschüssen Instrumente an die Hand zu geben, um den Versorgungsbeitrag einzelner Vertragsärztinnen und -ärzte und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten einheitlich und rechtssicher bewerten zu können. Das Bundesministerium für Gesundheit wird diesen Diskussionsprozess und dessen Umsetzung in der Bedarfsplanungs-Richtlinie eng begleiten.

11. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung Untersuchungen der Versorgungsforschung, die einem Zusammenhang zwischen der Versorgungsqualität und unzureichend wahrgenommenem Versorgungsauftrag nachgehen?

Wenn ja, welche sind dies, und wie bewertet die Bundesregierung diese?

Wenn nein, was will die Bundesregierung konkret unternehmen, um diesem möglichen Zusammenhang im Rahmen der Versorgungsforschung nachzugehen?

Entsprechende detaillierte Untersuchungen der Versorgungsforschung liegen der Bundesregierung nicht vor. Es ist auch nicht vorgesehen eine solche Versorgungsforschung in Auftrag zu geben. Vielmehr ist es – wie bereits dargelegt – Aufgabe der jeweiligen Kassenärztlichen Vereinigung die Einhaltung des gesetzlichen Versorgungsauftrages bei den Vertragsärztinnen bzw. den Vertragsärzten zu überwachen.

12. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen überdurchschnittlichen Wartezeiten von Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung auf einen Arzttermin und nicht vollständig wahrgenommenen vollen Versorgungsaufträgen?

Wenn ja, warum?

Wenn nein, warum nicht?

Auch hierzu liegen keine entsprechenden Daten vor. Dass in Regionen, in denen Vertragsärzte ihren Versorgungsumfang nicht vollumfänglich wahrnehmen, Wartezeiten entstehen können, obwohl die Region nach den Maßgaben der Bedarfsplanung über ausreichend Ärzte verfügt, ist jedoch nicht auszuschließen.

Anlage

Kassenärztliche Bundesvereinigung

KBV

Tabelle 1: Anzahl der Ärzte und Psychotherapeuten mit hälftiger Zulassung nach Kassenärztlichen Vereinigungen

Kassenärztliche Ver- einigung	Vertragsärzte und Vertrags-PT		Anteil in %
	Gesamt	mit halber Zulassung	
Schleswig-Holstein	4.593	89	1,9
Hamburg	4.109	79	1,9
Bremen	1.582	31	2,0
Niedersachsen	12.086	249	2,1
Westfalen-Lippe	12.114	237	2,0
Nordrhein	16.416	266	1,6
Hessen	10.671	432	4,0
Rheinland-Pfalz	6.172	39	0,6
Baden-Württemberg	17.336	359	2,1
Bayerns	22.181	700	3,2
Berlin	8.276	115	1,4
Saarland	1.721	13	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	2.496	23	0,9
Brandenburg	3.440	54	1,6
Sachsen-Anhalt	3.430	23	0,7
Thüringen	3.421	42	1,2
Sachsen	6.637	49	0,7
Gesamt	136.681	2.800	2,0

Kassenärztliche Bundesvereinigung

KBV

Tabelle 2: Anzahl der Ärzte und Psychotherapeuten mit hälftiger Zulassung nach Arztgruppen

Arztgruppe	Vertragsärzte und Vertrags-PT		Anteil in %
	Gesamt	mit halber Zulassung	
Allgemeinmediziner	33.100	212	0,6
Praktiker	6.468	32	0,5
Anästhesisten	2.833	61	2,2
Augenärzte	5.091	62	1,2
Chirurgen	3.966	85	2,1
Frauenärzte	9.753	168	1,7
HNO-Ärzte	3.896	29	0,7
Hautärzte	3.243	43	1,3
Internisten	19.492	247	1,3
Kinderärzte	5.720	74	1,3
Kind.Jug.Psychiater	774	16	2,1
Laborärzte	905	16	1,8
Lungenärzte	188	2	1,1
Mund-Kiefer-Chirurgie	1.053	11	1,0
Nervenärzte	4.747	66	1,4
Neurochirurgen	620	20	3,2
Orthopäden	5.247	164	3,1
Pathologen	718	25	3,5
Radiologen	3.043	87	2,9
Nuklearmediziner	701	15	2,1
Urologen	2.635	46	1,7
Sonstige Ärzte	713	33	4,6
Psychotherapeuten	21.775	1.286	5,9
Gesamt	136.681	2.800	2,0
Hausärzte (ohne Kinderärzte)	51.129	337	0,7
Fachinternisten	7.781	151	1,9

Kassenärztliche Bundesvereinigung



Tabelle 3: Anzahl der Psychotherapeuten mit hälftiger Zulassung nach der Berufsgruppe

Arztgruppe	Vertragspsychotherapeuten		Anteil in %
	Gesamt	mit halber Zulassung	
Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten	3.379	169	5,0
Psychologische Psychotherapeuten	13.149	818	6,2
ärztliche Psychotherapeuten	5.247	299	5,7
Gesamt	21.775	1.286	5,9



Tabelle 4: Durchschnittliche Zahl der Fälle pro Jahr differenziert nach Bedarfsplanungsgruppen

	Haus- ärzte	Anästhe- sisten	Augen- ärzte	Chirur- gen	Frauen- ärzte	HNO- Ärzte	Haut- ärzte	Fachinter- nisten	Kinder- ärzte	Nerven- ärzte	Ortho- päden	Psycho- therap.	Radio- logen	Uro- logen
durchschnittl. Fälle pro Jahr 2009	4.232	894	5.563	2.537	4.495	4.397	6.073	2.913	3.974	2.598	4.461	196	5.875	4.357
25%	1.058	224	1.391	634	1.124	1.099	1.518	728	994	650	1.115	49	1.469	1.089
50%	2.116	447	2.781	1.268	2.248	2.198	3.037	1.457	1.987	1.299	2.230	98	2.937	2.178
75%	3.174	671	4.172	1.902	3.371	3.298	4.555	2.185	2.981	1.949	3.346	147	4.406	3.267
100%	4.232	894	5.563	2.537	4.495	4.397	6.073	2.913	3.974	2.598	4.461	196	5.875	4.357

Tabelle 5: Vertragsärzte mit weniger als 25% der durchschnittlichen Fallzahl ihrer Bedarfsplanungsgruppe

<25%	Haus- ärzte	Anästhe- sisten	Augen- ärzte	Chirur- gen	Frauen- ärzte	HNO- Ärzte	Haut- ärzte	Fachinter- nisten	Kinder- ärzte	Nerven- ärzte	Ortho- päden	Psycho- therap.	Radio- logen	Uro- logen
Schleswig- Holstein	7,2%	25,6%	9,2%	22,5%	15,2%	11,9%	15,4%	29,4%	19,2%	21,0%	19,5%	5,0%	17,5%	12,7%
Hamburg	9,5%	13,6%	9,8%	28,3%	13,9%	9,8%	7,5%	13,8%	12,6%	31,1%	6,9%	5,9%	15,0%	1,3%
Nieder- sachsen	5,8%	31,1%	5,4%	30,1%	16,8%	9,0%	4,9%	29,4%	20,0%	31,0%	10,8%	8,6%	24,1%	13,7%
Bremen	7,6%	21,2%	6,3%	20,0%	11,1%	8,8%	9,5%	16,1%	19,6%	33,7%	7,4%	8,9%	29,2%	5,6%
Nordrhein	6,7%	22,1%	7,2%	25,9%	13,5%	7,3%	6,6%	24,3%	9,7%	24,5%	8,7%	4,2%	24,3%	15,8%
Westfalen- Lippe	6,1%	32,4%	7,4%	28,4%	14,5%	9,0%	7,1%	32,0%	16,8%	19,6%	8,4%	4,2%	25,2%	15,4%
Hessen	5,6%	36,3%	14,8%	27,6%	16,8%	11,7%	7,3%	18,8%	10,0%	15,2%	13,2%	8,8%	23,3%	18,1%
Rheinland- Pfalz	5,8%	33,5%	6,5%	21,9%	17,3%	15,5%	6,4%	26,5%	16,1%	28,5%	10,2%	5,5%	27,6%	15,8%
Baden- Württemberg	7,5%	22,0%	4,7%	21,2%	14,9%	6,5%	5,3%	23,2%	13,9%	23,2%	9,4%	8,6%	24,0%	11,8%
Bayern	9,4%	25,9%	9,4%	27,4%	14,4%	9,8%	8,3%	23,4%	13,3%	21,3%	11,1%	9,4%	21,6%	14,3%
Saarland	5,9%	28,6%	2,6%	26,0%	4,2%	10,8%	5,4%	25,3%	11,0%	10,5%	3,4%	5,6%	10,0%	11,9%
Mecklenburg- Vorpommern	4,5%	16,1%	7,3%	15,2%	10,8%	15,2%	2,9%	21,5%	24,3%	24,3%	4,1%	6,4%	28,9%	12,1%
Berlin	9,3%	12,4%	7,1%	13,4%	10,6%	8,6%	7,3%	14,8%	12,8%	30,2%	9,7%	9,3%	12,7%	5,5%
Brandenburg	4,8%	16,9%	6,3%	19,5%	13,2%	7,5%	3,7%	26,5%	16,7%	13,8%	12,8%	8,0%	15,6%	12,5%
Sachsen	4,6%	16,1%	5,5%	23,3%	9,3%	11,1%	10,2%	21,9%	19,2%	15,0%	7,9%	6,4%	16,8%	8,3%
Sachsen- Anhalt	6,1%	25,9%	5,7%	16,5%	16,7%	8,5%	7,5%	27,7%	17,6%	25,7%	6,0%	3,2%	14,7%	11,2%
Thüringen	4,0%	30,7%	6,8%	23,6%	13,8%	10,9%	4,9%	22,7%	16,7%	23,1%	16,4%	4,1%	27,0%	10,7%

Tabelle 6: Vertragsärzte mit 25% bis 50% der durchschnittlichen Fallzahl ihrer Bedarfsplanungsgruppe

25 - 50%	Haus- ärzte	Anästhe- sisten	Augen- ärzte	Chirur- gen	Frauen- ärzte	HNO- Ärzte	Haut- ärzte	Fachinter- nisten	Kinder- ärzte	Nerven- ärzte	Ortho- päden	Psycho- therap.	Radio- logen	Uro- logen
Schleswig- Holstein	9,0%	15,5%	9,2%	11,0%	9,4%	4,9%	8,1%	7,1%	4,9%	8,4%	5,9%	14,4%	13,2%	4,9%
Hamburg	13,1%	12,5%	8,5%	10,0%	17,9%	2,3%	9,4%	7,1%	10,2%	7,2%	11,0%	18,8%	18,0%	6,4%
Nieder- sachsen	6,3%	12,0%	6,9%	10,6%	9,8%	5,4%	7,5%	12,7%	5,5%	7,6%	7,5%	14,4%	8,6%	4,7%
Bremen	7,4%	5,8%	15,6%	14,0%	14,3%	17,5%	9,5%	11,3%	5,4%	4,8%	8,8%	24,3%	16,7%	2,8%
Nordrhein	8,8%	15,4%	10,7%	10,7%	9,5%	7,8%	5,7%	10,4%	4,8%	6,3%	6,5%	13,4%	15,7%	5,4%
Westfalen- Lippe	7,0%	14,4%	4,9%	9,8%	7,7%	3,1%	5,3%	8,1%	4,6%	5,5%	7,9%	8,8%	9,9%	3,8%
Hessen	6,9%	18,0%	8,1%	10,9%	9,7%	8,1%	6,5%	7,3%	5,3%	7,5%	6,7%	20,6%	10,1%	8,0%
Rheinland- Pfalz	7,1%	18,8%	9,5%	12,7%	8,9%	7,2%	5,8%	10,9%	6,1%	10,2%	7,9%	10,3%	6,5%	1,3%
Baden- Württemberg	11,1%	12,8%	10,9%	13,4%	10,6%	6,1%	7,1%	11,3%	6,4%	11,1%	8,2%	19,4%	10,6%	5,9%
Bayern	13,9%	13,6%	11,2%	13,5%	12,3%	7,4%	12,8%	8,6%	8,8%	10,4%	8,2%	18,7%	9,9%	10,5%
Saarland	6,2%	7,1%	10,4%	15,6%	8,3%	6,2%	19,6%	7,7%	7,7%	10,5%	4,6%	15,1%	22,0%	4,8%
Mecklenburg- Vorpommern	6,8%	10,7%	4,8%	3,8%	7,7%	5,7%	8,6%	14,3%	5,8%	5,8%	7,2%	7,6%	8,9%	1,5%
Berlin	14,0%	11,8%	6,1%	10,2%	14,1%	11,2%	10,6%	9,9%	4,9%	8,9%	5,7%	26,3%	10,7%	6,7%
Brandenburg	6,9%	13,8%	3,2%	7,9%	5,5%	7,5%	3,7%	15,0%	9,7%	6,9%	5,4%	7,6%	7,3%	1,3%
Sachsen	6,7%	4,7%	4,8%	6,5%	8,0%	7,0%	6,3%	11,9%	6,2%	4,9%	3,8%	8,8%	9,8%	1,9%
Sachsen- Anhalt	4,5%	4,7%	4,0%	10,0%	6,4%	6,2%	8,4%	14,0%	5,5%	7,4%	6,6%	6,8%	10,5%	3,4%
Thüringen	5,7%	15,8%	4,9%	6,7%	7,4%	2,5%	10,8%	14,1%	7,6%	9,5%	6,4%	6,9%	7,8%	0,0%

Tabelle 7: Vertragsärzte mit 50% bis 75% der durchschnittlichen Fallzahl ihrer Bedarfsplanungsgruppe

50 - 75%	Haus- ärzte	Anästhe- sisten	Augen- ärzte	Chirur- gen	Frauen- ärzte	HNO- Ärzte	Haut- ärzte	Fachinter- nisten	Kinder- ärzte	Nerven- ärzte	Ortho- päden	Psycho- therap.	Radio- logen	Uro- logen
Schleswig- Holstein	17,4%	16,7%	20,0%	7,3%	13,2%	7,0%	15,4%	10,5%	6,9%	12,6%	14,1%	21,8%	10,5%	10,8%
Hamburg	17,8%	8,0%	16,3%	5,0%	18,5%	14,4%	8,5%	12,0%	6,6%	5,7%	11,6%	26,0%	12,0%	21,8%
Nieder- sachsen	11,4%	14,2%	10,9%	9,4%	13,6%	9,8%	13,4%	7,0%	7,5%	6,8%	8,7%	18,3%	8,9%	10,8%
Bremen	13,5%	7,7%	17,2%	6,0%	19,8%	10,5%	11,9%	11,3%	7,6%	9,6%	4,4%	27,4%	14,6%	16,7%
Nordrhein	15,7%	12,6%	15,3%	6,7%	17,5%	13,2%	15,2%	12,3%	6,6%	12,0%	12,8%	21,2%	13,7%	11,4%
Westfalen- Lippe	12,9%	10,5%	8,6%	7,6%	15,8%	7,3%	11,2%	7,0%	6,3%	5,9%	6,1%	17,9%	7,1%	7,2%
Hessen	13,2%	10,2%	13,0%	8,8%	18,1%	18,3%	18,8%	10,2%	6,8%	8,4%	11,8%	19,3%	9,7%	11,8%
Rheinland- Pfalz	12,7%	13,1%	9,5%	10,2%	19,3%	12,4%	22,7%	7,1%	9,7%	8,5%	13,9%	13,0%	11,4%	13,2%
Baden- Württemberg	17,4%	12,6%	11,8%	9,5%	17,5%	13,9%	15,6%	8,9%	9,2%	9,3%	12,0%	21,2%	12,6%	13,0%
Bayern	21,9%	11,0%	16,7%	9,3%	23,8%	14,8%	21,9%	8,9%	10,8%	9,4%	14,5%	22,2%	19,9%	14,7%
Saarland	10,0%	5,4%	16,9%	5,2%	22,2%	15,4%	21,4%	7,7%	11,0%	6,6%	19,5%	21,6%	28,0%	9,5%
Mecklenburg- Vorpommern	14,6%	10,7%	3,2%	7,6%	11,7%	9,5%	10,0%	9,3%	17,3%	1,0%	7,2%	7,6%	11,1%	3,0%
Berlin	25,4%	11,1%	20,8%	11,4%	23,1%	19,3%	28,4%	10,9%	14,5%	8,6%	9,7%	28,2%	22,9%	15,3%
Brandenburg	14,2%	1,5%	5,7%	4,9%	12,3%	9,2%	3,7%	7,7%	10,6%	6,2%	2,7%	15,9%	10,1%	1,3%
Sachsen	13,4%	10,1%	7,2%	2,8%	12,3%	7,0%	5,9%	7,4%	12,6%	7,0%	4,1%	14,5%	7,5%	5,8%
Sachsen- Anhalt	7,7%	9,4%	12,0%	9,4%	12,8%	6,2%	10,3%	9,8%	10,6%	4,7%	6,6%	14,0%	20,0%	7,9%
Thüringen	10,2%	13,2%	9,9%	2,8%	13,5%	10,9%	10,8%	9,5%	12,4%	5,4%	4,1%	12,3%	6,1%	4,8%

Tabelle 8: Vertragsärzte mit 75% bis 100% der durchschnittlichen Fallzahl ihrer Bedarfsplanungsgruppe

75-100%	Haus- ärzte	Anästhe- sisten	Augen- ärzte	Chirur- gen	Frauen- ärzte	HNO- Ärzte	Haut- ärzte	Fachinter- nisten	Kinder- ärzte	Nerven- ärzte	Ortho- päden	Psycho- therap.	Radio- logen	Uro- logen
Schleswig- Holstein	22,6%	6,0%	25,6%	7,9%	26,9%	22,4%	18,4%	11,0%	18,0%	12,0%	20,5%	20,6%	17,5%	37,3%
Hamburg	21,8%	9,1%	29,4%	5,8%	22,2%	18,2%	21,7%	9,5%	14,4%	12,4%	16,8%	23,2%	20,0%	23,1%
Nieder- sachsen	17,1%	9,1%	18,6%	6,0%	22,1%	13,2%	19,5%	5,4%	12,2%	6,0%	18,9%	19,6%	12,7%	16,2%
Bremen	19,9%	17,3%	12,5%	4,0%	21,4%	12,3%	11,9%	11,3%	16,3%	7,2%	8,8%	20,9%	10,4%	22,2%
Nordrhein	20,3%	11,1%	29,6%	7,0%	27,9%	21,5%	25,6%	13,0%	14,2%	9,8%	19,2%	22,1%	17,4%	20,5%
Westfalen- Lippe	17,9%	10,1%	16,2%	4,7%	19,2%	15,2%	16,2%	6,3%	8,7%	8,0%	11,9%	21,4%	10,5%	20,8%
Hessen	19,2%	8,8%	16,5%	11,6%	26,0%	14,7%	21,9%	12,8%	14,9%	12,8%	21,9%	18,5%	16,7%	20,3%
Rheinland- Pfalz	20,2%	7,9%	19,1%	10,8%	24,5%	12,9%	33,1%	8,8%	15,8%	10,9%	18,8%	20,5%	17,3%	26,3%
Baden- Württemberg	20,7%	10,8%	23,2%	9,9%	24,6%	20,8%	23,6%	10,4%	14,6%	9,5%	22,4%	16,7%	16,2%	25,1%
Bayern	22,2%	8,8%	19,4%	9,7%	22,6%	22,7%	22,6%	12,1%	19,7%	13,0%	21,1%	17,9%	16,3%	24,6%
Saarland	18,2%	16,1%	20,8%	6,3%	31,3%	16,9%	17,9%	11,3%	7,7%	7,9%	26,4%	19,8%	18,0%	42,9%
Mecklenburg- Vorpommern	24,5%	16,1%	23,4%	10,6%	23,9%	25,7%	31,4%	7,2%	24,3%	2,9%	11,3%	17,0%	3,3%	16,7%
Berlin	24,5%	17,0%	34,6%	13,4%	30,8%	21,9%	27,5%	16,0%	25,5%	12,2%	21,2%	18,5%	12,2%	28,8%
Brandenburg	26,0%	3,1%	22,2%	4,9%	25,5%	15,0%	22,0%	5,6%	22,2%	3,8%	7,4%	19,6%	13,8%	7,5%
Sachsen	24,4%	11,4%	14,3%	8,1%	22,5%	24,6%	25,4%	7,2%	22,7%	9,1%	17,6%	17,7%	6,9%	7,7%
Sachsen- Anhalt	15,4%	20,0%	18,3%	3,5%	21,6%	23,1%	27,1%	4,9%	16,6%	5,4%	17,9%	17,6%	8,4%	11,2%
Thüringen	18,8%	6,1%	19,1%	5,6%	21,2%	18,5%	26,5%	8,9%	14,3%	6,1%	14,6%	17,4%	12,2%	8,3%

Tabelle 9: Vertragsärzte mit über 100% der durchschnittlichen Fallzahl ihrer Bedarfsplanungsgruppe

>100%	Haus- ärzte	Anästhe- sisten	Augen- ärzte	Chirur- gen	Frauen- ärzte	HNO- Ärzte	Haut- ärzte	Fachinter- nisten	Kinder- ärzte	Nerven- ärzte	Ortho- päden	Psycho- therap.	Radio- logen	Uro- logen
Schleswig- Holstein	43,8%	36,3%	35,9%	51,3%	35,3%	53,8%	42,6%	42,0%	51,0%	46,1%	40,0%	38,2%	41,2%	34,3%
Hamburg	37,7%	56,8%	35,9%	50,8%	27,5%	55,3%	52,8%	57,6%	56,3%	43,5%	53,8%	26,1%	35,0%	47,4%
Nieder- sachsen	59,4%	33,6%	58,2%	44,0%	37,7%	62,5%	54,7%	45,5%	54,8%	48,6%	54,1%	39,1%	45,7%	54,7%
Bremen	51,5%	48,1%	48,4%	56,0%	33,3%	50,9%	57,1%	50,0%	51,1%	44,6%	70,6%	18,4%	29,2%	52,8%
Nordrhein	48,4%	38,8%	37,2%	49,7%	31,6%	50,3%	46,9%	40,0%	64,7%	47,4%	52,7%	39,1%	28,9%	46,9%
Westfalen- Lippe	56,1%	32,6%	62,9%	49,5%	42,7%	65,4%	60,3%	46,5%	63,6%	60,9%	65,8%	47,7%	47,3%	52,8%
Hessen	55,2%	26,8%	47,6%	41,1%	29,5%	47,3%	45,4%	50,9%	63,0%	56,1%	46,4%	32,9%	40,3%	41,8%
Rheinland- Pfalz	54,2%	26,7%	55,3%	44,4%	29,9%	52,1%	32,0%	46,8%	52,4%	41,9%	49,2%	50,6%	37,3%	43,4%
Baden- Württemberg	43,3%	41,9%	49,3%	46,1%	32,4%	52,7%	48,4%	46,2%	55,8%	46,9%	48,1%	34,1%	36,5%	44,2%
Bayern	32,6%	40,7%	43,3%	40,2%	26,9%	45,2%	34,4%	47,0%	47,5%	45,9%	45,0%	31,9%	32,3%	35,8%
Saarland	59,7%	42,9%	49,4%	46,9%	34,0%	50,8%	35,7%	47,9%	62,6%	64,5%	46,0%	37,9%	22,0%	31,0%
Mecklenburg- Vorpommern	49,6%	46,4%	61,3%	62,9%	45,9%	43,8%	47,1%	47,7%	28,3%	66,0%	70,1%	61,4%	47,8%	66,7%
Berlin	26,7%	47,7%	31,4%	51,6%	21,4%	39,0%	26,1%	48,4%	42,3%	40,0%	53,6%	17,7%	41,5%	43,6%
Brandenburg	48,1%	64,6%	62,7%	62,8%	43,5%	60,8%	67,1%	45,1%	40,7%	69,2%	71,6%	48,8%	53,2%	77,5%
Sachsen	50,9%	57,7%	68,3%	59,3%	47,9%	50,4%	52,2%	51,7%	39,4%	64,0%	66,6%	52,5%	59,0%	76,3%
Sachsen- Anhalt	66,3%	40,0%	60,0%	60,6%	42,6%	56,2%	46,7%	43,6%	49,7%	56,8%	62,9%	58,4%	46,3%	66,3%
Thüringen	61,4%	34,2%	59,3%	61,2%	44,2%	57,1%	47,1%	44,8%	49,0%	55,8%	58,5%	59,3%	47,0%	76,2%

Kassenärztliche Bundesvereinigung

KBV

Tabelle 10: Anteil der Psychotherapeuten mit X Therapiestunden pro Woche nach KVen

	< 8 Stunden	8 - 16 Stunden	16 - 24 Stunden	24 und mehr	< 15 Stunden
Schleswig-Holstein	4,7%	14,4%	31,0%	50,0%	17,1%
Hamburg	4,8%	16,0%	32,6%	46,6%	18,2%
Niedersachsen	4,5%	16,1%	30,4%	49,0%	17,9%
Bremen	5,0%	17,0%	30,7%	47,4%	18,4%
Nordrhein	13,5%	15,2%	27,8%	43,5%	26,7%
Westfalen-Lippe	4,2%	12,3%	31,2%	52,2%	14,3%
Hessen	6,4%	18,9%	29,9%	44,8%	22,0%
Rheinland-Pfalz	3,4%	13,2%	30,9%	52,4%	14,2%
Baden-Württemberg	4,8%	17,9%	27,9%	49,5%	19,2%
Bayerns	5,4%	16,0%	30,1%	48,4%	18,5%
Saarland	4,6%	13,5%	26,6%	55,3%	16,9%
Mecklenburg-Vorpom.	2,0%	12,4%	17,6%	68,0%	10,5%
Berlin	6,3%	16,4%	32,4%	44,9%	19,8%
Brandenburg	4,0%	13,4%	21,4%	61,2%	13,8%
Sachsen	4,2%	7,4%	23,4%	65,0%	10,0%
Sachsen-Anhalt	2,2%	5,4%	27,7%	64,7%	5,8%
Thüringen	2,8%	6,2%	26,0%	65,1%	8,7%

Kassenärztliche Bundesvereinigung

KBV

Tabelle 11: Anzahl der voll zugelassenen Ärzte und Psychotherapeuten mit nach § 32b Ärzte-ZV angestellten Ärzten oder Psychotherapeuten nach Kassenärztlichen Vereinigungen

Kassenärztliche Vereinigung	Ärzte und PT
Schleswig-Holstein	163
Hamburg	197
Bremen	64
Niedersachsen	539
Westfalen-Lippe	609
Nordrhein	801
Hessen	326
Rheinland-Pfalz	397
Baden-Württemberg	859
Bayerns	835
Berlin	262
Saarland	105
Mecklenburg-Vorpommern	87
Brandenburg	135
Sachsen-Anhalt	128
Thüringen	123
Sachsen	224
Gesamt	5.854

Kassenärztliche Bundesvereinigung

KBV

Tabelle 12: Anzahl der voll zugelassenen Ärzte und Psychotherapeuten mit nach § 32b Ärzte-ZV angestellten Ärzten oder Psychotherapeuten nach Arztgruppen

Arztgruppe	Ärzte und PT
Allgemeinmediziner	1.657
Praktiker	144
Anästhesisten	168
Augenärzte	317
Chirurgen	158
Frauenärzte	511
HNO-Ärzte	140
Hautärzte	222
Internisten	1.018
Kinderärzte	352
Kind.Jug.Psychiater	40
Laborärzte	31
Lungenärzte	8
Mund-Kiefer-Chirurgie	31
Nervenärzte	129
Neurochirurgen	26
Orthopäden	255
Pathologen	68
Radiologen	266
Nuklearmediziner	30
Urologen	100
Sonstige Ärzte	17
Psychotherapeuten	166
Gesamt	5.854

Kassenärztliche Bundesvereinigung

KBV

Tabelle 13: Anzahl der Ärzte und Psychotherapeuten mit Ermächtigung nach § 31 Ärzte-ZV nach detaillierter Rechtsgrundlage

detaillierte Rechtsgrundlage	Ermächtigte Ärzte und PT
	Gesamt
Ermächtigung § 31 Abs. 1a Ärzte-ZV	381
Ermächtigung § 31 Abs. 1a Ärzte-ZV, § 31 Abs. 3 Ärzte-ZV	2
Ermächtigung § 31 Abs. 1b Ärzte-ZV	175
Ermächtigung § 31 Abs. 1b Ärzte-ZV, § 31 Abs. 3 Ärzte-ZV	7
Ermächtigung § 31 Abs. 2 Ärzte-ZV, § 6 BMV-Ä	19
Ermächtigung § 31 Abs. 2 Ärzte-ZV, Anlage 9.1 BMV-Ä	290
Ermächtigung § 31 Abs. 3 Ärzte-ZV	1
Gesamt	875

Kassenärztliche Bundesvereinigung

KBV

Tabelle 14: Anzahl der Ärzte und Psychotherapeuten mit Ermächtigung nach § 31 Ärzte-ZV nach Kassenärztlichen Vereinigungen

Kassenärztliche Vereinigung	Ermächtigte Ärzte und PT
	Gesamt
Schleswig-Holstein	29
Hamburg	22
Bremen	14
Niedersachsen	135
Westfalen-Lippe	112
Nordrhein	81
Hessen	29
Rheinland-Pfalz	37
Baden-Württemberg	113
Bayerns	128
Berlin	17
Saarland	3
Mecklenburg-Vorpommern	17
Brandenburg	28
Sachsen-Anhalt	22
Thüringen	51
Sachsen	37
Gesamt	875

Kassenärztliche Bundesvereinigung

KBV

Tabelle 15: Anzahl der Ärzte und Psychotherapeuten mit Ermächtigung nach § 31 Ärzte-ZV nach Arztgruppen

Arztgruppe	Ermächtigte Ärzte und PT
	Gesamt
Allgemeinmediziner	32
Praktiker	95
Anästhesisten	30
Augenärzte	5
Chirurgen	24
Frauenärzte	92
HNO-Ärzte	2
Hautärzte	2
Internisten	106
Kinderärzte	39
Kind.Jug.Psychiater	10
Laborärzte	9
Lungenärzte	0
Mund-Kiefer-Chirurgie	9
Nervenärzte	72
Neurochirurgen	1
Orthopäden	17
Pathologen	13
Radiologen	59
Nuklearmediziner	0
Urologen	0
Sonstige Ärzte	24
Psychotherapeuten	234
Gesamt	875

Kassenärztliche Bundesvereinigung

KBV

Tabelle 16: Anzahl der Vertragsärzte und -psychotherapeuten, die an mehr als einem Leistungsort tätig sind nach Kassenärztlichen Vereinigungen

Kassenärztliche Vereinigung	Ärzte und PT
Schleswig-Holstein	720
Hamburg	841
Bremen	160
Niedersachsen	921
Westfalen-Lippe	1.802
Nordrhein	1.117
Hessen	1.538
Rheinland-Pfalz	717
Baden-Württemberg	1.832
Bayerns	4.295
Berlin	319
Saarland	215
Mecklenburg-Vorpommern	260
Brandenburg	231
Sachsen-Anhalt	384
Thüringen	283
Sachsen	472
Gesamt	16.107

Kassenärztliche Bundesvereinigung

KBV

Tabelle 17: Anzahl der Vertragsärzte und -psychotherapeuten, die an mehr als einem Leistungsort tätig sind nach Arztgruppen

Arztgruppe	Ärzte und PT
Allgemeinmediziner	1.743
Praktiker	261
Anästhesisten	2.074
Augenärzte	1.134
Chirurgen	939
Frauenärzte	1.464
HNO-Ärzte	1.470
Hautärzte	196
Internisten	2.073
Kinderärzte	345
Kind.Jug.Psychiater	44
Laborärzte	169
Lungenärzte	9
Mund-Kiefer-Chirurgie	208
Nervenärzte	262
Neurochirurgen	195
Orthopäden	1.046
Pathologen	124
Radiologen	1.010
Nuklearmediziner	151
Urologen	729
Sonstige Ärzte	110
Psychotherapeuten	351
Gesamt	16.107